

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIII 4–2007

ENTWICKLUNGSPOLITIK UND SICHERHEITSINTERESSEN: KOHÄRENZ ODER KONKURRENZ?

Schwerpunktredaktion: Clemens Six

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 CLEMENS SIX
Die Entwicklung von Sicherheit: Eine Einleitung
- 17 JAN POSPISIL
Entwicklung und Sicherheit: Historische, theoretische und politische Bedingungen der Integration zweier Schlüsselkonzepte der globalen Machtbeziehungen
- 38 LOTHAR BROCK
Die Transformation der Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Sicherheitsdiskurse als Empowerment?
- 59 CLEMENS SIX
Sicherheit und Entwicklung als Normative der EU-Außenpolitik: Hegemonie durch Konsens und Zwang
- 80 TOBIAS DEBIEL, DANIEL LAMBACH
From “Aid Conditionality” to “Engaging Differently”:
How Development Policy Tries to Cope with Fragile States
- 100 Rezensionen
- 107 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 110 Impressum

CLEMENS SIX

Sicherheit und Entwicklung als Normative der EU-Außenpolitik: Hegemonie durch Konsens und Zwang

1. Einleitung

Im Herbst 2003 erregte eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Umfrage innerhalb der Europäischen Union relativ großes Aufsehen. Zum einen lag dies an der Themenstellung, zum anderen aber auch an der Methode der Erhebung, die von unterschiedlicher Seite massiv kritisiert wurde. Mit mehr als 7.500 Telefoninterviews in allen damals 15 Mitgliedstaaten und teilweise suggestiven Fragen über „den Irak und den Frieden in der Welt“ (European Commission 2003) wurden die EU-BürgerInnen über ihre Wahrnehmung der militärischen Intervention im Persischen Golf und die wichtigsten Bedrohungen des Weltfriedens befragt. Die Ergebnisse selbst sind ungeachtet der Kritik an der Methode jedoch signifikant für eine spezifisch europäische Annäherung an das Thema Sicherheit und Entwicklung, weshalb sie kurz in Erinnerung gerufen werden sollen.

Aus Sicht einer Mehrheit der „alten“ EuropäerInnen (53 Prozent) werden die USA, die sich selbst gerne als Garanten des Weltfriedens wahrnehmen, als Aggressor in den internationalen Beziehungen gesehen, der eben diesen Weltfrieden in annähernd gleichem Maß wie Nordkorea oder der Iran bedroht. Die genaue Fragestellung in diesem Fall war allerdings, ob die Befragten dieser Wahrnehmung der USA zustimmten oder nicht und somit diese Interpretation durch die Fragestellung selbst nahe gelegt wurde. Mehr als zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) hielten die Militärintervention im Irak für nicht gerechtfertigt (gegenüber 29 Prozent, die dies taten), 65 Prozent sahen die Verpflichtung, finanziell für den Wiederaufbau des Landes aufzukommen, ausschließlich auf Seiten des Aggressors, also der USA. Ihre eigene Rolle definierten die Europäer in diesem Konflikt

vor allem durch gesteigerte humanitäre Hilfe, die von 82 Prozent befürwortet wurde. Ein eigenes militärisches Engagement zum Wiederaufbau lehnte eine Mehrheit von 54 Prozent ab, aber 44 Prozent befürworteten ein solches Vorgehen. Signifikant dabei sind insbesondere die Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Staaten: In Deutschland betrug die Ablehnung 71 Prozent, wohingegen in Dänemark 77 Prozent dafür waren. Relativ hohe Zustimmung (62 Prozent insgesamt) erhielt die UNO als wünschenswerter Akteur zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit im Irak.

Ein zweiter thematischer Schwerpunkt der Umfrage war Terrorismus als Bedrohung der Sicherheit in Europa. 55 Prozent der EuropäerInnen sahen sich direkt gefährdet, ein Szenario, dass vor allem in Spanien und Großbritannien am meisten Zustimmung fand (jeweils 76 Prozent). Die Ergebnisse der Umfrage insgesamt sind insofern erhellend, als sie verdeutlichen, dass es in der EU, die damals noch auf Westeuropa beschränkt war, im Anschluss an den Irak-Krieg einerseits eine Polarisierung zum Thema der militärischen Intervention der EU gab. Die Zustimmung bzw. Ablehnung eines militärischen Engagements ohne entsprechendes Mandat der Vereinten Nationen ist sehr vehement und beides bei entsprechend veränderten Rahmenbedingungen durchaus mehrheitsfähig. Andererseits sehen die EuropäerInnen ihre eigene Rolle vor allem in der humanitären Hilfe, also in der Funktion als *soft power*, die zu öffentlicher Sicherheit weltweit beitragen soll.

Auf der Ebene der politischen EntscheidungsträgerInnen der Europäischen Union wurde das Thema Sicherheit seit dem Millenniumswechsel und insbesondere seit den Terroranschlägen in den USA, aber auch in Spanien und Großbritannien, als eine Priorität ausgewiesen, der ein entsprechendes Maß an politischer Aufmerksamkeit, aber auch Finanzmittel zukommen. In den folgenden Ausführungen werden diese Schritte des Auf- und Ausbaus der EU zu einem globalen sicherheitspolitischen Akteur thematisiert und die Rolle der Entwicklungspolitik dabei analysiert. Dabei ist zu beachten, dass „die EU“ in diesen Politikfeldern zweierlei bezeichnet: zum einen die EU als Summe ihrer Mitgliedstaaten bzw. deren Regierungen, die die europäische Außen- und Sicherheitspolitik nach wie vor bestimmen und „vergemeinschaftete Politik“ in diesem Bereich nur marginal zulassen; und zum anderen die EU als rechtlich und finanziell eigenständige Organisation, die in der Entwicklungspolitik autonom handelt und sich mit den Mitgliedstaaten diese „gemischte Kompetenz“ teilt.

Die Annäherung an die Beziehung von Sicherheitsdiskursen einerseits und Entwicklungsbegriff bzw. Entwicklungspolitik andererseits kann in Bezug auf die EU und ihre Mitgliedstaaten von beiden Seiten erfolgen: Europäische Sicherheit und ihre Politik integrieren begrifflich und methodisch immer stärker entwicklungspolitische Zielsetzungen und instrumentalisieren diese zusehends für sicherheits- und machtpolitische Eigeninteressen; und Entwicklung als Ziel von Entwicklungspolitik wird zunehmend als etwas interpretiert, das nur im Rahmen von Sicherheit in den peripheren Gesellschaften erreicht werden kann. Eine entscheidende Frage in den Wechselbeziehungen von Entwicklung und Sicherheit ist also, wessen Sicherheit erreicht werden soll. Die EU selbst positioniert sich in diesem Diskurs gegenüber dem Süden keineswegs als neutraler Protagonist humanitärer Anliegen, sondern als ein weltpolitischer Akteur, der zukünftig entschiedener als bisher Eigeninteressen und Einflussphären gegenüber den „tektonischen, also in ihren Auswirkungen signifikanten und tiefgreifenden Verschiebungen“ im internationalen Kräfteverhältnis durch den Aufstieg neuer Hauptakteure verteidigt bzw. ausbaut (Humphrey/Messner 2006: 1). Deshalb beginnt dieser Beitrag mit einer Begriffsklärung, um die EU als weltpolitischen Akteur insbesondere in Unterscheidung zu den USA genauer zu beschreiben, indem das Konzept des „Empire“ gegenüber dem für die EU besser geeigneten Ansatz der „Hegemonie“ abgewogen wird. Diese theoretischen Überlegungen sind wichtig, weil die Veränderungen in dem relativ beschränkten Bereich Entwicklungspolitik nur vor dem Hintergrund der globalen Selbstpositionierung der EU verständlich sind. Die EU als globaler Akteur ist der entscheidende Kontext, in dem sich die zunehmende Verzahnung von Entwicklung und Sicherheit in der Außenpolitik der EU ereignet. Danach folgt ein Blick auf die schrittweise Neuorientierung der EU-Entwicklungspolitik parallel zur Formulierung einer eigenen europäischen Sicherheitsstrategie. Schließlich wird diskutiert, welche Rolle aktive militärische Interventionen der EU im Verhältnis von Entwicklung und Sicherheit spielen.

2. *Empire-building* und die Rolle der EU in den internationalen Beziehungen

Das Ende des Kalten Krieges brachte auf der internationalen Bühne eine Veränderung der machtpolitischen Grundkonstellationen, die nicht nur die bisherige Selbstverortung der EU und ihrer Mitgliedstaaten betraf, sondern das System der kollektiven Sicherheit insgesamt in Frage stellte. Die Vereinten Nationen, die quasi die Institutionalisierung dieses Systems darstellen, das auf der Kooperation von souveränen Nationalstaaten aufbaut, wurden durch den Wegfall der bipolaren Konfrontation zunächst aus ihrer realpolitischen Lähmung losgeeeist. Ein neuer Optimismus über die zukünftig höheren Chancen der UNO, ihr sicherheitspolitisches Mandat entsprechend ihrer Charta wahrzunehmen und wirksame Mechanismen etwa zur geregelten Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zur Verfügung zu stellen, war die unmittelbare Folge des Zusammenbruches des real existierenden Sozialismus.

Die tatsächlichen Entwicklungen seither gehen jedoch in eine völlig andere Richtung. Die dominante Stellung der USA als einzig verbleibende Supermacht wird als *Empire-building* analysiert, das zwei Methoden im Sinne der Durchsetzung und des Erhalts von Vorherrschaft vereint: Zwang, insbesondere in militärischer, aber auch wirtschaftlicher Form, und Konsens, der sich vor allem auf die Kooperation der Eliten in den dominierten Staaten stützt (Harvey 2003: 37f.). Der Begriff „Empire“ meint dabei neben territorialer Kontrolle vor allem die enge Verflechtung aus militärischen und wirtschaftlichen Strategien, die in ihrem Wechselverhältnis die Basis einer weltweiten Dominanz bilden. Diese Dominanz bedeutet demnach nicht nur machtpolitische Unterordnung der anderen Staaten, sondern vor allem die weltweite Durchsetzung vorgegebener wirtschaftlicher Spielregeln (Mabee 2004: 1363f; Matzner 2000). Diese Verknüpfung ist zwar nicht immer leicht und unwidersprochen argumentierbar. Im Fall etwa der militärischen Intervention im Irak waren bzw. sind die militärischen Aufwendungen enorm, die Anzahl der direkten wirtschaftlichen Gewinner jedoch sehr gering (Nederveen Pieterse 2006: 990). Im Allgemeinen aber lässt sich die Verbindung von wirtschaftlicher Integration bzw. Globalisierung und militärischer Expansion überzeugend argumentieren, insbesondere als sich während der letzten Jahre in der US-amerikanischen Elite zweierlei An-

sichten durchgesetzt haben und seither realpolitisch ergänzen: eine Selbstwahrnehmung der USA entsprechend einer globalen Führungsmacht, die die Unipolarität der Weltordnung nicht als Ergebnis, sondern als Voraussetzung des eigenen politischen Handelns versteht; und die Agenda einer „zivilisierenden Mission“ (Export von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie etc.) einschließlich einer bestimmten Auffassung von wirtschaftlicher Erschließung, wie sie bereits im 19. Jahrhundert unter den europäischen Kolonialmächten, insbesondere Frankreichs und Großbritanniens, existierte und die sich in den USA als Leitmotiv der Außenpolitik etablieren konnte. Die gegenwärtigen Entwicklungen unter George W. Bush sind in dieser Hinsicht lediglich eine qualitative Übersteigerung, in der Sache selbst aber keineswegs neu.

Die aktuelle Außenpolitik der USA als einziges Zentrum der Weltordnung unterscheidet sich also von vorhergehenden Politiken in Washington nicht etwa durch die Koppelung von expansiver Außenpolitik, militärischen Interventionen und weltmarktorientierter Wirtschaftspolitik, sondern durch die Art der Handhabung dieser Kombination, die durch die Unipolarität überhaupt erst ermöglicht wurde. Das „Empire“ der USA zeichnet sich gegenwärtig durch eine aggressive Absage an multilaterale Konzepte aus. Einerseits setzen sie nationale Sicherheitspolitik hegemonial auf internationaler Ebene um, andererseits erklären sie eben diese nationalen Sicherheitsbelange zur eigenen absoluten politischen Priorität, die mit militärischen Mitteln realisiert werden kann (Nederveen Pieterse 2006: 999). Für diese Art der Sicherheitspolitik im Rahmen eines „Empire“ waren die Ereignisse vom 11. September in den USA eine entscheidende Zäsur, und zwar in zweierlei Hinsicht. Außenpolitisch verstärkte sich durch den „War on terror“ die Kompromisslosigkeit der USA gegenüber anderen Akteuren in den internationalen Beziehungen. Die ohnehin bereits existente Dominanz der Sicherheitsbelange wurde noch übersteigert und damit der Spielraum für außenpolitische Kommunikation bzw. Verständigung weiter eingeschränkt. Auch der normative Charakter der US-Außenpolitik, der zwischen einem zu beschützenden Innenbereich der eigenen Einflussphäre und einem quasi barbarischen Außenbereich unterscheidet, wurde verstärkt (Coward 2005: 863). Innenpolitisch hingegen kam es in den USA zur massiven Erhöhung der Sicherheitsbudgets für Polizei, Grenzschutz und Militär, Einschränkung der BürgerInnenrechte sowie zur Einrichtung einer Reihe von Institutionen,

die das nun aktuelle Sicherheitsdispositiv nach innen realisieren (vgl. Petras 2002: 3505f.). Beide Tendenzen sind als Intensivierung der globalen Vormachtstellung der USA unter dem Primat der nationalen Sicherheitsparadigmen zu interpretieren (vgl. Harvey 2003: 22).

Um die Position der EU in diesem US-amerikanischen „Sicherheitsparadigma“ in den internationalen Beziehungen näher zu charakterisieren, werden ähnliche Begrifflichkeiten bemüht. Dass die EuropäerInnen aus historischen Gründen mit den Vorgängen des *Empire-building* als ökonomische und militärische Unterordnung vertraut sind, muss nicht erklärt werden. Ist der Empire-Ansatz aber geeignet, gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen adäquat zu beschreiben und zu erklären? Die Unipolarität der aktuellen Weltordnung geht per definitionem zulasten des europäischen Einflusses auf die globalen Vorgänge. Aus heutiger Sicht kann man aber annehmen, dass eben diese Unipolarität ein Übergangsstadium zu einer multipolaren Weltordnung sein wird, die sich in ihren Grundzügen – insbesondere im Hinblick auf ihre neuen Pole wie dem süd- und ostasiatischen Raum mit China und Indien, in zweiter Linie aber auch Brasilien oder Südafrika mit ihren regionalen Einflussphären – bereits abzeichnet (Messner 2007: 11). Die Diskussion über die europäische Positionierung und die aktuellen außenpolitischen Strategien der EU nehmen auf diesen Umstand Rücksicht. Die Beschreibung der EU selbst als „Empire“ in diesem Kontext ist aber verfehlt und geht am Kern der Sache vorbei. „Empire“ wurde in diesem Zusammenhang als neues Paradigma der im Entstehen begriffenen Außenpolitik der EU vorgeschlagen, das sich vor allem in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU manifestiert. Im Rahmen eines „neo-mittelalterlichen“ Modells würde sich die EU als Gegenstück zum westfälischen Staat mit diversen, überlappenden Autoritäten und fragmentierten institutionellen Arrangements herauskristallisieren, das im Rahmen der Globalisierung die Eigenkonzepte von Staat und Entwicklung und damit auch die eigenen Sicherheitsinteressen und -konzepte exportiert (Zielonka 2006). In die gleiche Kerbe schlägt das Verständnis der EU als „postmodernes Imperium“, das die EU als offensiven Akteur versteht, der „jenseits der traditionellen Politik der Machtbalance und Souveränitätssicherung territoriale Grenzlinien [...] aufbricht, durchdringt und rechtsförmig reorganisiert“ (Bieling 2005: 264). Die Reichweite dieser Ansätze ist aber wie gesagt auf die unmittelbare geographische Umgebung der EU beschränkt, da die direkte Einflussnahme in

diesen Kategorien nur an den neuen Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten nachgezeichnet werden kann. Damit sind diese für die Erklärung globalpolitischer Transformationen nicht geeignet.

Die EU als Akteur in den internationalen Beziehungen muss grundsätzlich von ihren Mitgliedstaaten unterschieden werden, die aufgrund der nicht vergemeinschafteten Außenpolitik nach wie vor als Souveräne auftreten. Als solcher Akteur ist die EU in ihrem Verhältnis zu peripheren Staaten am besten als Hegemon beschrieben, der sich von den USA vor allem durch ein anderes Mischverhältnis der beiden zentralen Komponenten von Imperialismus, nämlich Zwang und Konsens, unterscheidet (Harvey 2003: 38f.). Hegemonie ist ein Modus der Herrschaftsbeziehung, der in erster Linie auf einem Konsensapparat aufgebaut ist, der sich aber quasi als *ultima ratio* der Durchsetzungslogik von Herrschaft den (auch militärischen) Zwang offenlässt. Zwar spielen Konsens und Kooperation auch im ökonomisch und militärisch fundierten „Empire“ der USA eine entscheidende Rolle, sie werden aber bei einer entsprechenden Notwendigkeit durch vorhandenen Dissens rasch nachgereiht. Die Drohung und tatsächliche Anwendung des Zwanges zur Durchsetzung von Herrschaft ist im „Empire“ wesentlich unmittelbarer, was eine militärisch-logistische Kapazität voraussetzt, über die im globalen Maßstab im Moment nur die USA verfügen. Setzen sich die gegenwärtigen Trends in der Entwicklung einer europäischen, d.h. EU-spezifischen Außen- und Sicherheitspolitik mit einem parallel laufenden Auf- und Ausbau militärisch-interventionistischer Instrumente fort, so ist es realistisch anzunehmen, dass sich die EU zu einem *Empire in the making* weiterentwickelt, wobei die Frage offenbleibt, ob die Durchsetzung unter den zukünftig veränderten globalpolitischen Rahmenbedingungen mit dem Aufstieg neuer ökonomischer und militärischer *player* überhaupt möglich sein wird.

Die Interpretation der EU als Hegemon hat aber noch einen anderen erkenntnistheoretischen Vorteil gegenüber dem Empire-Konzept. Da der Anteil des Konsenses in der methodischen Durchsetzung der eigenen Herrschaftsansprüche größer ist als der Zwang, spielen konsensorientierte und konsensproduzierende Politiken eine große Rolle. Für einen Hegemon ist es im Vergleich zum Imperator noch wesentlich entscheidender, seine Paradigmen von gesellschaftlicher Entwicklung, Wirtschaft oder der Struktur des politischen Systems durch konsensartige Annäherungen durchzusetzen. Konsensartig deswegen, weil im Hintergrund – aber eben entsprechend weit

entfernt – die Drohung des wirtschaftlichen, politischen oder auch militärischen Zwangs steht, die die Konsensfindung „erleichtert“. Nichtsdestotrotz darf die Konsensorientierung in der Hegemonie nicht unterschätzt werden, die einen zentralen Baustein der Absicherung der Vorherrschaft darstellt und in erster Linie an die Eigeninteressen der Eliten etwa im Süden andockt. Ohne diesen konsensualen Unterbau ist Hegemonie langfristig nicht aufrechtzuerhalten.

An dieser Stelle kommt in der europäischen Außenpolitik die Wechselwirkung von Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen ins Spiel, um die es im Folgenden gehen soll. Im Wechselverhältnis von Entwicklungspolitik und Sicherheit, das sich in den letzten Jahren durch Veränderungen auf beiden Seiten massiv transformiert hat, kristallisiert sich der hegemoniale Anspruch der EU sehr deutlich heraus. Eine grundsätzlich konsensorientierte Entwicklungspolitik dient der EU zur Durchsetzung entwicklungs- und auch sicherheitspolitischer Paradigmen, wobei Sicherheit in erster Linie als eigene, europäische Sicherheit verstanden wird. Auch hier spielt Zwang eine entscheidende, noch untergeordnete, aber immer wichtigere Rolle. Dieses Mischverhältnis von Zwang und Konsens lässt sich im Verhältnis Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen im Sinne des hegemonialen Anspruches der EU anschaulich nachzeichnen.

3. Sicherheit und Entwicklung in der EU-Außenpolitik: Hegemonie und Konsens

Im Rahmen der Forcierung einer gesamteuropäischen Entwicklungspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges werden eigene europäische Sicherheitsinteressen stärker in die Agenda dieser Entwicklungspolitik hineinreklamiert (vgl. Robinson 2006: 71). Dies reflektiert einen breiten Trend zur allgemeinen Verknüpfung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die von der EU folgendermaßen gerechtfertigt wird: „Sicherheit und Entwicklung sind wichtige und einander ergänzende Aspekte der Beziehungen der EU zu Drittländern. In ihrem jeweiligen Rahmen tragen sie dazu bei, ein sicheres Umfeld zu schaffen und den Teufelskreis von Armut, Krieg, Schädigung der Umwelt und versagenden Strukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu durchbrechen“ (Europäisches Parlament/Rat/Kommission

2006: Punkt 37). Dieses intrinsische Verhältnis von Entwicklung und Sicherheit ist zunächst sehr einleuchtend und versteht sich beinahe von selbst. Die Schwierigkeit der konkreten politischen Gestaltung dieser Wechselbeziehung ergibt sich aber aus der Diskrepanz zwischen der Tatsache, dass einerseits zwar in Armut lebende Menschen deutlich stärker von Unsicherheit betroffen sind und in ihrem Lebensvollzug eingeschränkt werden, andererseits aber geberdefinierte Sicherheitsinteressen in die Entwicklungspolitik wesentlich stärker hineinspielen und in vielen Fällen sogar dominieren. Die Entwicklungspolitik hat hier also einen sehr sensiblen Klärungsbedarf, wessen Sicherheit sie unterstützt, da beide Sicherheitsinteressen, die der EU auf der einen Seite und der selbst in Armut Lebenden auf der anderen, keinesfalls identisch sind.

3.1 Aufklärung und Eigeninteresse

Das zentrale Konzept, das die EU seit einigen Jahren zur Gestaltung der Wechselbeziehung von Entwicklung und Sicherheit verfolgt, ist das der „menschlichen Sicherheit“. Wurde Sicherheit lange Zeit als staatliche Sicherheit reduziert, konzentriert sich dieser Begriff umfassend auf globale Risiken, die auch die von der EU zitierten Dimensionen wie Umwelt, soziale Absicherung, materielle Mindestversorgung oder Garantie der Menschenrechte mit einschließen und aus der Sicht des Individuums interpretiert werden. Grundlage dieses Ansatzes ist die Einsicht, dass sich Tendenzen der Erosion des staatlichen Gewaltmonopols fortsetzen und es daher in Zukunft immer schwieriger sein wird, mit militärisch-interventionistischen Mitteln stabile Bündnisse einzugehen bzw. die Natur diverser Konflikte den Einsatz solcher Mittel überhaupt kontraproduktiv machen (Mahnkopf 2003: 16). Daher erscheint es erstrebenswert, die Interdependenzen zwischen individuellen Existenzbedrohungen und mangelndem Schutz der Menschenrechte als erweiterte Sicherheit stärker zu beachten und nicht-staatliche Akteu-rInnen zur Behebung der diversen Ursachen von Unsicherheit stärker einzubinden. Menschliche Sicherheit kann daher als eine „Technologie“ (Michel Foucault) der Entwicklungspolitik verstanden werden, die es internationalen Institutionen, staatlichen Gebern und Einzelorganisationen ermöglicht, umfassend und auch unter Einbeziehung klassischer sicherheitspolitischer Instrumente auf die Konstitution südlicher Gesellschaften und Individuen Einfluss zu nehmen (Duffield 2005: 3).

Aus europäischer Sicht sprechen vor allem drei Gründe für eine solche Annäherung an das Verhältnis von Entwicklung und Sicherheit (Study Group on Europe's Security Capabilities 2004: 9f.). Erstens werden triftige moralische Gründe angeführt. Der moralische Imperativ menschlicher Sicherheit besteht dabei im Recht des Menschen, in Würde und Sicherheit zu leben. Interessant ist, dass die EU etwa im Bereich Asyl diesem moralischen Imperativ nicht folgt und diesen somit als ausschließlich außenpolitischen Imperativ interpretiert (vgl. Marischka 2005). Zweitens kann menschliche Sicherheit als Unterkategorie der Menschenrechte interpretiert werden, die als solche eine rechtliche Verpflichtung der EU begründet, sich für eine entsprechende Umsetzung in ihrer Außenpolitik einzusetzen. Ein möglicher Einwand gegenüber einer solchen Rechtfertigung wäre, dass außenpolitisch relevante Politikfelder wie Handels- oder Rüstungspolitik nicht nach ihrer Menschenrechtstauglichkeit überprüft werden und auch hier der Verdacht naheliegt, dass dieses rechtliche Argument eher Rhetorik als Programm ist. Und drittens schließlich gibt es seitens der EU ein „aufgeklärtes Eigeninteresse“ (*enlightened self-interest*), das in der Einsicht besteht, dass EuropäerInnen selbst nicht länger in Sicherheit leben können, während andere Menschen weltweit mit gravierenden Unsicherheiten konfrontiert sind. In diesem Punkt kommt die Kompetenz der Entwicklungspolitik im Rahmen sicherheitspolitischer Eigeninteressen zum Zug. Sie soll dafür sorgen, dass Außenpolitik dem „aufgeklärten Eigeninteresse“ der EuropäerInnen entsprechend dienlich umgesetzt wird (Faust/Messner 2004: 9).

3.2 Akkumulation sicherheitspolitischer Kompetenzen

Der europäische Integrationsprozess in den Bereichen Sicherheit und Entwicklung ist kein neuer Ansatz, sondern wird mit unterschiedlicher Intensität bereits seit Jahrzehnten verfolgt. In den letzten Jahren haben sich jedoch qualitative Veränderungen dieser Integrationsansätze ergeben, die insbesondere durch weltpolitisch relevante Ereignisse wie Terroranschläge provoziert wurden und damit das „aufgeklärte Eigeninteresse“ der EU stärker in den Vordergrund treten lassen. Grundsätzlich handelt es sich bei Entwicklung und Sicherheit um zwei völlig unterschiedliche Zuständigkeiten innerhalb der EU, da die Sicherheitspolitik im intergouvernementalen Bereich angesiedelt ist (zweite Säule der EU), wohingegen die Entwicklungspolitik eine gemischte Kompetenz ist, die auch einen echt vergemeinschaft-

teten Teil enthält (erste Säule). Die EU tritt in diesem Bereich also einerseits als selbständiger Akteur auf, muss aber andererseits auf die souveränen Politiken der Mitgliedstaaten Rücksicht nehmen, die vor allem bei Sicherheitsfragen sehr bedeutend sind.

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) ist eine Gründung aus dem Jahr 1987, die nach dem Ende des Kalten Krieges und der Zunahmen transatlantischer Divergenzen an Bedeutung gewann (Köhne 2005: 23). Seither ist die EU um eine Vertiefung der Koordination und Ausweitung der Gemeinschaftskompetenzen bemüht, was ihr nur zum Teil gelingt. Die Verträge von Maastricht (1991), Amsterdam (1997) und Nizza (2000) schufen nicht nur eine stabilere rechtliche Grundlage für die GASP, sondern auch Institutionen wie den Ausschuss für politische und Sicherheitsfragen oder den Hohen Repräsentanten als Grundlage eines weiteren Ausbaus der GASP.

Eine erste bedeutsame Station auf dem Weg zu einer globalpolitisch relevanten EU-Außen- und Sicherheitspolitik war die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003, die auch die wachsende Interdependenz von Sicherheitsfragen und Entwicklung reflektiert. Diese Strategie kann mit Recht als ein programmatischer Gegenentwurf zur Dominanz der USA interpretiert werden (Robinson 2006: 69), auch wenn ihr Potential als Ausgangspunkt einer tatsächlichen politischen Konfrontation nicht überschätzt werden sollte. Es finden sich in der Strategie aber einige interessante Spuren, die auch die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Sicherheit und Entwicklung betreffen. Als Dokument stellt sie den ersten Versuch der EU dar, eine Langzeitstrategie zu globalen Sicherheitsfragen zu entwerfen und dabei die EU als globalen Akteur zu positionieren, obwohl die EU-rechtliche Grundlage dafür nur bedingt vorhanden war und immer noch ist. Dem Unilateralismus der USA stellt die EU-Strategie einen konsequenten Multilateralismus entgegen, der nicht nur die militärstrategische Unterlegenheit der EU kompensieren soll (Kagan 2003), sondern aus Sicht der EU das einzig adäquate Mittel zur Sicherung von Wohlstand und Sicherheit in Europa darstellt (European Security Strategy 2003: 9). Der US-amerikanischen Methode des „*pre-emption*“, also vor allem die militärische Bekämpfung einer Sicherheitsbedrohung, lange bevor diese akut wird, stellt die EU „präventives Engagement“ entgegen (ebd.: 11), das aus ihrer Sicht besser geeignet ist, die eigenen Sicherheitsinteressen langfristig zu wahren. Präventiv

ist dieses Engagement, weil es die strukturellen Ursachen von Unsicherheit und Risiken bekämpfen soll und damit zum ersten Mal auf einer grundsätzlichen strategischen Ebene einen gemeinsamen Handlungsraum von Sicherheits- und Entwicklungspolitik eröffnet.

Die Europäische Sicherheitsstrategie ist im Wesentlichen eine „eurozentristische“ Strategie, die die endogenen Sicherheitsbelange und -interessen der Nicht-OECD-Staaten systematisch ausblendet. Konflikte und innenpolitische Krisen in der Peripherie, die sich zu Quellen veritabler Unsicherheit auswachsen können, sind nur im Hinblick auf die möglichen Auswirkungen für Europa relevant, als Problemkreise mit per se entwicklungspolitischer Bedeutung werden sie nicht erwähnt. Wären echte entwicklungspolitische Zielsetzungen mit einbezogen worden, wären die produktiven Querverbindungen zwischen menschlicher Sicherheit und etwa der Doha-Runde der WTO, den asymmetrischen Handelsbeziehungen, Verteilungsproblematiken oder der ökologischen Agenda des Johannesburg-Prozesses hergestellt worden (vgl. etwa Faust/Messner 2004: 11; Köhne 2005: 38). So bleibt die Auffassung der EU über die Wechselbeziehungen zwischen Sicherheit und Entwicklung eindimensional, weil auf den möglichen „Mehrwert“ von Entwicklungspolitik für die eigenen Sicherheitsbelange beschränkt. Dies begründet ein grundsätzliches Unbehagen vor allem unter zivilgesellschaftlichen Organisationen gegenüber einer Vereinnahmung der Entwicklungspolitik durch sicherheitspolitische Prioritäten der Geber.

Wie wichtig das Thema Sicherheit auch in der Formulierung einer gesamteuropäischen Entwicklungspolitik ist, demonstriert der „Europäische Konsens“ von 2005, aber auch die Ausgestaltung bzw. Revision der Regionalstrategien der EU. Der Konsens, der die strategische Grundlage der europäischen EZA einschließlich aller EU-Organe sowie der Mitgliedstaaten für die kommenden Jahre bildet, bestätigt nicht nur den intrinsischen Charakter von Sicherheit und Entwicklung, sondern fügt zudem ein aktives Interventionsgebot im Falle „schwerwiegender Verletzungen des humanitären Völkerrechts“ (Europäisches Parlament/Rat/Kommission 2006: Punkt 37) bei, wie es auch von Kofi Annan gefordert wurde (Annan 2005, Punkt 135). Dies ist eine neue Dimension im Aufbau sicherheitspolitischer Kompetenz der EU, denn ein aktives Interventionsgebot rechtfertigt umfassende militärische Aufrüstung, die auf europäischer Ebene die Aufstellung einer eigenen Interventionstruppe bedeutet. Die *Rapid Reaction Force*, eine

aus 60.000 Mann bestehende EU-Eingreiftruppe, ist seit 2007 einsatzfähig und stellt das organisatorische Pendant zu diesem Interventionsgebot dar. Ergänzt wird dieses militärische Instrument von einer zivilen Einrichtung: dem *Rapid Reaction Mechanism*, der von der EU 2001 ins Leben gerufen wurde. Die Bedingungen, die gegeben sein müssen, um diesen sicherheitspolitischen Mechanismus polizeilicher, humanitärer, institutioneller oder demokratiepolitischer Maßnahmen zu aktivieren, sind rückgebunden an entwicklungspolitische Zielsetzungen und daher entsprechend umfassend formuliert: „situations of crisis or emerging crisis, situations posing threat to law and order, the security and safety of individuals, situations threatening to escalate into armed conflict or to destabilise the country and where such situations are likely to jeopardise the beneficial effects of assistance and cooperation policies and programmes, their effectiveness and/or conditions for their proper implementation“ (Council of the EU 2001: Art. 3). Der Gestaltungsanspruch der EU ist also durch die zunehmende Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik insgesamt ein umfassenderer geworden, der die Entwicklung der peripheren Gesellschaften in ihrer Gesamtheit im Blick hat und sich zusehends von klassischer Entwicklungspolitik zu einem gesamtgesellschaftlichen Regulativ transformiert.

Ein weiteres Beispiel für die Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Regulative unter dem Primat sicherheitspolitischer Interessen ist die Kooperation der EU mit Afrika bzw. mit den AKP-Staaten (Afrika-Pazifik-Karibik). Die Revision des seit dem Jahr 2000 bestehenden Cotonou-Abkommens im Jahr 2005, das die Außenbeziehungen der EU zu den AKP-Staaten regelt, brachte einen deutlichen Ausbau der sicherheitspolitisch relevanten Passagen. Die AKP-Staaten werden in den revidierten Passagen zur engen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof verpflichtet. Die Kooperationen in der Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen werden zu zentralen Bestandteilen des Vertragswerkes. Der „politische Dialog über Menschenrechte, demokratische Grundsätze und Rechtsstaatsprinzip“ regelt die Ausrichtung der zivilen, rechtsstaatlichen Bereiche „menschlicher Sicherheit“ (vgl. AKP-EG-Abkommen 2005).

Brisanter noch ist die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten bzw. der Afrikanischen Union. Die EU-Afrika-Strategie von 2005, die das erste gesamtafrikanische Konzept der EU darstellt, weist die Bereiche Si-

cherheit und Frieden an gewohnt prominenter Stelle auf. Das eigentlich interessante Detail ist aber der Hinweis, dass neben der Afrikanischen Union als Staatengemeinschaft besonders die *African Peace Facility* unterstützt werden soll (Council of the EU 2005a: 2). Diese Facility existiert seit 2004 und dient der finanziellen Unterstützung militärischer Missionen auf dem afrikanischen Kontinent durch afrikanische Truppen. Aus Sicht der Entwicklungspolitik ist bemerkenswert, dass die Facility aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds (EDF), also bilateralen EZA-Mitteln gespeist wird, die in der Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten liegen. Die Mittelausstattung war mit rund 600 Millionen Euro für den Zeitraum 2004 bis 2006 relativ groß (ca. 4,5 Prozent des gesamten EDF) – Geld, das vor allem für die Intervention in Darfur bereitgestellt wurde (Klingebiel 2007: 51). Im Rahmen des zehnten Entwicklungsfonds der EU-Mitgliedstaaten sind für den Zeitraum 2008 bis 2010 rund 300 Millionen Euro vorgesehen.

Auch die europäischen Programme zur Terrorbekämpfung spiegeln die enge Verwobenheit von Entwicklung und Sicherheit wider. Die EU-Strategie in diesem Bereich besteht aus vier Komponenten, die von der Verhinderung der Anhängerrekrutierung bis zur koordinierten Reaktion auf Anschläge reicht (Council of the EU 2005b). Die Prinzipien der guten Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit etc., wie sie im politischen Dialog des Cotonou-Abkommens festgehalten sind, und die Beseitigung „struktureller Faktoren“ wie mangelnde ökonomische Absicherung oder Bildungsdefizite sollen auch in der Terrorprävention entsprechende Dienste leisten. Darüber hinaus finanziert die EU in Algier ein Anti-Terror-Zentrum (*African Centre for the Study and Research on Terrorism*), indem die EU-Kommission der Afrikanischen Union technische Expertise zur Bekämpfung von Terrorismus zur Verfügung stellt und afrikanische Staaten mit internationalen Programmen vernetzt.

4. Militärischer Interventionismus: Hegemonie und Zwang

Den normativen Vorgaben der europäischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die auch ein militärisches Interventionsgebot einschließen, entsprechen institutionelle und wirtschaftliche Veränderungen im Bereich der militärischen Organisation und Rüstung innerhalb der EU. Seit

etwa Mitte der 1990er Jahre hat in Europa ein „Konsolidierungsprozess der Rüstungsindustrie“ (Bieling 2005: 259) stattgefunden, der weitreichende Auswirkungen auf die Gestaltung der Außenbeziehungen hat. Diese Konsolidierung umfasst einerseits den Rüstungssektor selbst, der seit dem Ende der 1990er Jahre eine weitgehende Konzentration erfahren hat und damit an politischem Gewicht zulegte. In Zuge dieser Fusionen entstanden unter anderem die Konzerne European Aeronautic Defence and Space Company (EADS), Thales und British Aerospace (BAE Systems) (Hantke 2006: 2). Insgesamt sind heute 42 der 100 weltweit größten waffenproduzierenden Firmen in Europa ansässig, die einen Gesamtanteil von 30,5 Prozent aller Waffenverkäufe dieser 100 Firmen tätigen. Obwohl der Durchschnitt der Militärausgaben Westeuropas im internationalen Vergleich mit rund 1,7 Prozent des BIP relativ moderat ist und in den letzten Jahren eher konstant bzw. leicht rückläufig war, ist die Konzentration der Rüstungsausgaben auf wenige Staaten beachtlich. Westeuropa hat einen Anteil von 86 Prozent an den Militärausgaben Gesamteuropas, ein Anteil, der sich im Wesentlichen auf sechs Länder beschränkt: Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Schweden und Spanien (SIPRI 2006: 297). Die in diesen sechs Staaten angesiedelten Rüstungskonzerne produzieren 90 Prozent aller in den 25 „alten“ Mitgliedstaaten hergestellten Rüstungsgüter (Hayes 2006: 6). Diese Konzentration der Rüstungsindustrie seit etwa zwei Jahrzehnten erhöht den politischen Einfluss dieses Wirtschaftszweiges erheblich. Die seit längerem bestehenden Lobbying-Gruppen dieser Konzerne schlossen sich 2004 zu einem großen Dachverband (ASD – *AeroSpace and Defence Industries Association of Europe*) zusammen, der seitens der EU aktiv in die Gestaltung der neuen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbezogen wurde (vgl. Slijper 2005).

Andererseits unternimmt die EU selbst Schritte, diesen Konsolidierungsprozess zu unterstützen. Im Juli 2004 wurde eine „Europäische Verteidigungsagentur“ gegründet, die die nationalen Beschaffungsprogramme koordinieren soll, um schrittweise einen gesamteuropäischen Rüstungsmarkt entstehen zu lassen, der das Rückgrat einer EU als internationaler militärischer Faktor sein wird. Weitere institutionelle Veränderungen leisten dieser Entwicklung Vorschub. Die *Rapid Reaction Force* als militärische Interventionsgruppe wurde bereits erwähnt. Im Graubereich zwischen militärischem und zivilem Engagement wurde 2005 beschlossen, *Civilian Response Teams*

aufzustellen, die kurzfristig verlegbare Polizeieinheiten darstellen. Die European Gendarmerie Force, gebildet von Italien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland, ist ein weiteres Instrument, das außenpolitischen Zwang zur Durchsetzung interventionistischer Agenden erzeugen kann (Pflügler/Hantke 2006: 2).

Realpolitisch konnte die EU ihre wachsenden militärischen Kapazitäten bereits einige Male unter Beweis stellen. Ein erster bedeutender Einsatz war „Artemis“ 2003, als die EU unter Autorisierung der Vereinten Nationen in der Provinz Ituri im Osten der Demokratischen Republik Kongo militärisch intervenierte, um Massaker an der Zivilbevölkerung durch örtliche Milizen zu verhindern. Im Jahr 2006 war die EU wiederum im Kongo, diesmal zur Durchführung der Wahlen. Gerade dieses zivil-militärische Engagement ist signifikant für die mittelfristige Strategie der EU. Die humanitäre Dimension dieser Einsätze war zweifelsohne ein entscheidender Beweggrund. Es gibt aber noch zusätzliche Aspekte, die berücksichtigt werden sollten. Die treibende Kraft hinter dem militärischen Engagement der EU war Frankreich, das in West- und Zentralafrika traditionell nationale strategische und wirtschaftliche Interessen verfolgt. Da in dieser Region französische Militärbasen aufgelassen werden (Grimm 2005: 18), versucht Frankreich zusehends im Rahmen einer ausgebauten europäischen Präsenz seine Einflussbereiche insbesondere gegenüber anderen Akteuren wie den USA, die an Bedeutung gewinnen, abzusichern. „Artemis“ war eine willkommene Gelegenheit, diese Präsenz in der Region in neuem, europäischem Gewand fortzusetzen und auf diese Weise auch wirtschaftliche Interessen zu wahren (vgl. Marischka 2003). Die „Vergemeinschaftung“ der Sicherheitsinteressen in Europa ist damit eine Möglichkeit, nationale Einflussphären ehemaliger Kolonialmächte in der Peripherie auf eine gesamteuropäische Ebene zu heben und damit in das neue Zeitalter globaler Neupositionierung zu übersetzen. Zweitens dienten diese Missionen den relativ neuen militärischen EU-Institutionen wie dem *Political and Security Committee* (PSC), dem *European Military Committee* (EUMC) oder dem *Committee for Civilian Aspects of Crisis Management* (CIVCOM) zur Demonstration der eigenen Legitimität im Konzert der EU-Organe (Bagoyoko/Gibert 2007: 21). Drittens gelang der EU damit als militärischer Akteur zum ersten Mal eine sichtbare Emanzipation gegenüber der NATO, die bislang eine einheitliche Außenpolitik der EU erschwert hatte. Auch in den Einsätzen am Balkan spielte die Abgrenzung zur

NATO eine wesentliche Rolle. Die EU verfolgt mit diesen Einsätzen daher eine Langzeitstrategie, im Rahmen derer Afrika zum „Versuchsfeld“ der zivil-militärischen Strategien wurde, die die regionale Hegemonie einzelner Mitgliedstaaten wie etwa Frankreich, Großbritannien oder Portugal europäisierten und damit absichern.

5. Zusammenfassung

Die EU ist entgegen der Selbstwahrnehmung einer Mehrheit der EU-BürgerInnen kein interessenloser Akteur, der sich dem Ideal des „ewigen Friedens“ (Immanuel Kant) verschrieben hat und damit das weltpolitische Gegengewicht zur offensiven und klar interessen geleiteten Außenpolitik der USA bildet. Die EU ist ein globaler Hegemon, der mit den Methoden des Konsenses und des Zwanges zunehmend an realpolitischer Bedeutung gewinnt und damit sein bereits vorhandenes ökonomisches Gewicht zusehends in normative und politisch-militärische Macht übersetzt. Der Rahmen, in dem diese Übersetzung stattfindet, ist die schrittweise Verschränkung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die der methodischen Kombination aus Konsens und Zwang entspricht. Der Blick auf die zentralen Dokumente der EU und die Gestaltung des „Interventionsgebotes“ in Afrika haben gezeigt, dass das Resultat dieser Verschränkung zum einen die primäre Verfolgung der europäischen Sicherheitsinteressen ist, zum anderen jedoch unter dem Titel der humanitären Intervention auch militärisch-strategische und wirtschaftliche Interessen durchgesetzt werden.

Gegenüber den USA verhält sich die EU ambivalent. Einerseits fehlen der EU die politischen, rechtlichen und militärischen Voraussetzungen, um als *Empire in the making* eine echte Herausforderung der globalen Dominanz der USA darzustellen. Deshalb wählt die EU andere Strategien und Methoden, um sich ihre Einflussphären zu sichern. Andererseits sucht die EU durch eine schrittweise Vorgangsweise langsam die Emanzipation hin zu einer geschlosseneren Außenpolitik, die auch das Mittel des militärischen Zwanges mit einschließt. Auf dieser Ebene ergeben sich offene Interessenwidersprüche zu den USA. Wie sich die EU gegenüber den neuen *global players* wie etwa China verhalten wird, bleibt abzuwarten. Die Kontroverse um die Methoden und Inhalte der Entwicklungspolitik, die China unter völlig

anderen Voraussetzungen betreibt als die EU, lassen aber vermuten, dass in dieser Interessenkonfrontation der Entwicklungsdiskurs ebenfalls eine zentrale Rolle spielen wird, um die hegemonialen Eigeninteressen in der Peripherie durchzusetzen.

Literatur

- AKP-EG-Abkommen von Cotonou (2005): Geändertes Abkommen von Cotonou – Übergangsmaßnahmen für den Zeitraum zwischen der Unterzeichnung und dem Inkrafttreten des geänderten AKP-EG-Partnerschaftsabkommens. ACP-CE 2128/05.
- Annan, Kofi (2005): In larger freedom. Towards development, security and human rights for all. <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N05/270/78/PDF/N0527078.pdf?OpenElement>, 28.6.2007.
- Bagoyoko, Niagalé/Gibert, Marie V. (2007): The European Union in Africa: The Linkage Between Security, Governance and Development from an Institutional Perspective. <http://www.ids.ac.uk/ids/bookshop/wp/wp284.pdf>, 29.6.2007.
- Bieling, Hans-Jürgen (2005): Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen? In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 35 (139), 247-266.
- Council of the EU (2001): Council Regulation (EC) No 381/2001 of 26 February 2001 creating a rapid-response mechanism. <http://www.legaltext.ee/text/en/T60007.htm>, 28.6.2007.
- Council of the EU (2005a): The EU and Africa: Towards A Strategic Partnership. 15961/05 (Presse 367). http://ec.europa.eu/development/ICenter/Pdf/the_eu_and_africa_towards_a_strategic_partnership_european_council_15_16_12_2005.pdf, 28.6.2007.
- Council of the EU (2005b): The European Union Counter-Terrorism Strategy. 14469/4/05 REV 4. <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st14/st14469-re04.en05.pdf>, 28.6.2007.
- Coward, Martin (2005): The Globalisation of Enclosure: interrogating the geopolitics of empire. In: *Third World Quarterly* 26 (6), 855-871.
- Duffield, Mark (2006): Human Security: Linking Development and Security in an Age of Terror. http://eadi.org/gc2005/confweb/papersps/Mark_Duffield.pdf, 28.6.2007.
- Europäisches Parlament/Rat/Kommission (2006): Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union: „Der Europäische Konsens“. http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/c_046/c_04620060224de00010019.pdf, 28.6.2007.

- European Commission (2003): Iraq and Peace in the World (Flash Eurobarometer 151). http://ec.europa.eu/external_relations/iraq/doc/fl151_iraq_full_report.pdf, 27.6.2007.
- European Security Strategy (2003): A Secure Europe in a Better World. <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/78367.pdf>, 28.6.2007.
- Faust, Jörg/Messner, Dirk (2004): Europe's New Security Strategy – Challenges for Development Policy. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Grimm, Sven (2005): African-European Relations. In: Mehler, Andreas/Melber, Henning/Walraven, Klaas van (Hg.): Africa Yearbook. Vol. 2: Politics, Economy and Society South of the Sahara in 2005. Leiden, Boston, Brill, 17-27.
- Hantke, Martin (2006): Ohne Kontrolle (IMI-Analyse 2006/031). <http://www.imi-online.de/download/06-Analyse031-MH.pdf>, 29.6.2007.
- Harvey, David (2003): The New Imperialism. Oxford: Oxford University Press.
- Hayes, Ben (2006): Arming Big Brother. The EU's Security Research Programme. <http://www.statewatch.org/news/2006/apr/bigbrother.pdf>, 29.6.2007.
- Humphrey, John/Messner, Dirk (2006): Instabile Multipolarität: Indien und China verändern die Weltpolitik (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Analysen und Stellungnahmen 1/2006). [http://www.die-gdi.de/DIE_Homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/178fa4b8b8dc06fcc12570fb002ca2a2/\\$FILE/AuS%201.2006%20messner%20china.pdf](http://www.die-gdi.de/DIE_Homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/178fa4b8b8dc06fcc12570fb002ca2a2/$FILE/AuS%201.2006%20messner%20china.pdf), 27.6.2007.
- Kagan, Robert (2003): Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. München: Goldmann.
- Klingebiel, Stephan (2007): Die neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Afrika: Interessen und Ansatzpunkte der G8 und EU. In: ders. (Hg.): Afrika Agenda 2007. Ansatzpunkte für den deutschen G8-Vorsitz und die EU-Ratspräsidentschaft. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 49-53.
- Köhne, Anja (2005): Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU: globaler Vorreiter eines erweiterten Sicherheitsbegriffs? <http://www.germanwatch.org/pubdiv/sow-05akk.pdf>, 28.6.2007.
- Mabee, Bryan (2004): Discourse of empire: the US 'empire', globalisation and international relations. In: Third World Quarterly 25 (8), 1359-1378.
- Mahnkopf, Birgit (2003): Zum Konzept der *human security* und zur Bedeutung globaler öffentlicher Güter für einen gerechten Frieden. In: dies. (Hg.): Globale öffentliche Güter – für menschliche Sicherheit und Frieden. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 11-34.
- Marischka, Christoph (2003): Generalprobe für EU-Militär im Kongo (IMI-Analyse 2003/023). <http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse-2003-023-Kongo-Marischka.pdf>, 29.6.2007.
- Marischka, Christoph (2005): Die Human Security Doctrine for Europe. Intelligenter Kolonialismus. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/marischka.html>, 28.6.2007.
- Matzner, Egon (2000): Monopolare Weltordnung. Zur Sozioökonomie der US-Dominanz. Marburg: Metropolis.

- Messner, Dirk (2007): The European Union: Protagonist in a Multilateral World Order or Peripheral Power in the „Asia-Pacific“ Century? In: Internationale Politik und Gesellschaft 1, 11-27.
- Nederveen Pieterse, Jan (2006): Beyond the American bubble: does empire matter? In: Third World Quarterly 27 (6), 987-1002.
- Petras, James (2002): 9/11: One Year of Empire-Building. In: Economic and Political Weekly 37 (34), 3504-3513.
- Pflügler, Tobias/Hantke, Martin (2006): Militarisierung der EU (IMI-Analyse 2006/026). <http://www.imi-online.de/download/EU-Studie-1-2007.pdf>, 29.6.2007.
- Robinson, Clive (2006): Whose security? Integration and integrity in EU policies for security and development. In: Klingebiel, Stephan (Hg.): New Interfaces between Security and Development. Changing Concepts and Approaches. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 69-92.
- SIPRI (2006): SIPRI Yearbook 2006. Armament, Disarmament and International Security. Oxford: Oxford University Press.
- Slijper, Frank (2005): The emerging EU Military-Industrial Complex. Arms industry lobbying in Brussels. <http://www.tni.org/reports/militarism/eumilitary.pdf>, 29.6.2007.
- Study Group on Europe's Security Capabilities (2004): A Human Security Doctrine for Europe. The Barcelona Report of the Study Group on Europe's Security Capabilities. <http://www.lse.ac.uk/Depts/global/Publications/HumanSecurityDoctrine.pdf>, 28.6.2007.
- Zielonka, Jan (2006): Europe as Empire. The Nature of an Enlarged European Union. Oxford: Oxford University Press.

Abstracts

Dieser Artikel beschäftigt sich mit den wachsenden Überschneidungen zwischen Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen der Europäischen Union. Den größeren Kontext dieser Entwicklung bildet die Rolle der EU in den internationalen Beziehungen und ihren Versuchen, insbesondere in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern eine globale Hegemonie durch Zwang und Konsens herzustellen, um auf diese Weise ihr wirtschaftliches Gewicht in politische Kontrolle zu übersetzen. Die jüngsten Schritte der EU, eine gesamteuropäische Entwicklungspolitik sowie eine Europäische Sicherheitspolitik zu formulieren, spiegeln diese wachsende Interdependenz

wider. Abschließend eröffnet ein genauerer Blick auf den militärischen Interventionismus der EU, dass humanitäre Anliegen eng mit militärischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen verknüpft sind.

This article focuses on the increasing combination of development policy and security concerns by the European Union. The broader context is the role of the EU in international relations and its attempt to establish a global hegemony over the developing countries through coercion as well as consent and, thereby, to translate its current economic power into global political control. The recent steps of the EU to formulate a Europe-wide development policy on the one hand and a common European Security Policy on the other both reflect this growing interdependence. Finally, a closer look at the EU's military interventionism shows that humanitarian concerns are closely connected with military, strategic and economic interests.

Clemens Six
Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung
(ÖFSE)
Berggasse 7
A-1090 Wien
c.six@oefse.at